

Satzung

Fassung vom 10.06.2021

§ 1

Name und Sitz des Vereins

1. Der Verein trägt den Namen „In Praxi e.V.“ (nachfolgend „der Verein“).
2. Der Sitz des Vereins ist Vallendar.
3. Der Verein ist beim Amtsgericht Koblenz – Vereinsregister – unter Nr. VR 3228 registriert.

§ 2

Vereinszweck

1. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung (derzeit §§ 51 ff. der Abgabenordnung (AO)).
2. Zweck des Vereins ist die Förderung
 - von Wissenschaft und Forschung,
 - von Erziehung, Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe sowie
 - internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens.
3. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch
 - die Mitarbeit bei der Fortentwicklung von Lehre und Forschung sowie Aus-, Fort-, und Weiterbildung an Hochschulen, insbesondere an der WHU (WHU – Otto Beisheim School of Management), im Einklang mit der Satzung des Vereins,
 - die Vertretung der gemeinnützigen Ziele des Vereins, die auch die Ziele der WHU sind und in Einklang mit der Vereinssatzung stehen, gegenüber der Öffentlichkeit,
 - die Begründung und die Erhaltung von Kontakten zu Persönlichkeiten und Einrichtungen gemeinsam mit der WHU, die den Verein und die WHU und ihre Einrichtungen, welche die gemeinnützigen Ziele des Vereins fördern und in Einklang mit der Satzung des Vereins stehen, zu fördern bereit

und in der Lage sind,

- die finanzielle Förderung der Einrichtungen und Institutionen der WHU, welche die satzungsmäßigen gemeinnützigen Zwecke des Vereins fördern, in Einklang mit der Vereinssatzung,
- die Fortbildung der Vereinsmitglieder und anderer, an der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und Lehre interessierter Personen im Rahmen des Vereinszwecks,
- Förderung leistungsorientierter, praxisnaher und international ausgerichteter wissenschaftlichen Ausbildung
- die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen zum Austausch zwischen Alumni sowie den Studierenden und Mitarbeitern der WHU im Rahmen des Vereinszwecks,
- die Zusammenarbeit mit Unternehmen zur Vermittlung von Praxiswissen für die Studierenden und wissenschaftlichen Mitarbeiter der WHU und Alumni,
- die Förderung wissenschaftlicher Arbeiten, die mit dem Vereinszweck in thematischer Verbindung stehen.
- Die Förderung von beruflicher Entwicklung der Studierenden der WHU und der Ehemaligen
- planmäßiges Zusammenwirken mit anderen steuerbegünstigten Körperschaften. Dies kann auch dadurch erfolgen, dass Kooperationsleistungen an andere steuerbegünstigte Körperschaften erbracht werden.

§ 3

Förderung anderer steuerbegünstigter Körperschaften

Der Verein kann neben der Verwirklichung der Satzungszwecke nach § 2 Abs. 3 auch die ideelle und finanzielle Förderung anderer steuerbegünstigter Körperschaften, von Körperschaften des öffentlichen Rechts oder auch von ausländischen Körperschaften zur ideellen und materiellen Förderung und Pflege der unter § 2 Abs. 2 genannten Zwecke vornehmen.

§ 4

Selbstlosigkeit

Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

§ 5 Mittelverwendung und Begünstigungsverbot

1. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.
2. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
3. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Soweit Mitglieder oder Dritte im Auftrag für den Verein tätig sind, können sie eine angemessene Vergütung erhalten.

4. Der Verein wird seine nicht steuerbegünstigten Mitglieder in keiner Weise – zum Beispiel durch Zuweisung von finanziellen oder materiellen Mitteln oder durch eine unentgeltliche Leistungserbringung – fördern. Insbesondere ist eine Duldung von oder Mitwirkung bei Werbemaßnahmen von – auch steuerbegünstigten – Mitgliedern ausgeschlossen.

§ 6 Arten der Mitgliedschaft

1. **Ordentliche Mitgliedschaft:**

Ordentliches Mitglied des Vereins kann werden, wer nach Absolvierung eines Studiums an der WHU einen staatlich anerkannten, akademischen Abschluss der WHU erworben hat.

2. **Ehrenmitgliedschaft:**

Ehrenmitglieder des Vereins können Personen werden, die sich in besonderer Art und Weise um den Vereinszweck verdient gemacht haben. Sie werden auf Vorschlag des Vorstands und nach Zustimmung der Mitgliederversammlung aufgenommen bzw. zu Ehrenmitgliedern ernannt. Ehrenmitglieder sind zugleich ordentliche Mitglieder.

3. **„Friends“-Mitgliedschaft**

Mitarbeiter, Studierende und Freunde der WHU können „Friends“-Mitglied des Vereins werden.

Näheres zu den Rechten, Pflichten, Beiträgen etc. kann durch eine gesondert Finanz- und Geschäftsordnung des Vereins für die Fallgruppen geregelt werden. Die Finanz- und Geschäftsordnung wird durch den Vorstand erlassen. Erlässt der Vorstand keine Finanz- und Geschäftsordnung werden die weiteren Einzelheiten je Fallgruppe von der Mitgliederversammlung festgesetzt.

4. **Voraussetzungen für den Erwerb der Mitgliedschaft:**

Voraussetzung für den Erwerb der Mitgliedschaft ist ein Aufnahmeantrag, der schriftlich oder in digitaler Form an den Vorstand gerichtet werden soll. Der Vorstand

entscheidet über den Aufnahmeantrag nach freiem Ermessen. Die Entscheidung ist dem Antragsteller schriftlich mitzuteilen. Bei Ablehnung des Aufnahmeantrags ist der Vorstand nicht verpflichtet, dem Antragsteller die Gründe mitzuteilen.

5. Alt-Mitgliedschaften:

Mitglieder, deren Mitgliedschaften vor dem 20. Februar 2021 erworben wurden, jedoch mit den vorgenannten Voraussetzungen nicht vereinbar sind, behalten ihren Status als Mitglied bis zum Ende der Mitgliedschaft bei.

§ 7

Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Ausschluss, Austritt oder Auflösung des Vereins.
2. Der Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand. Der Austritt kann nur zum Ende eines Geschäftsjahres erklärt werden, wobei eine Kündigungsfrist von 2 Monaten zum Ablauf des Geschäftsjahres einzuhalten ist. Es bedarf keiner Begründung.
3. Ein Mitglied kann durch Beschluss des Vorstandes aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn es trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung mit der Zahlung von Mitgliedsbeiträgen in Höhe von einem Jahresbeitrag im Rückstand ist. Der Beschluss erfolgt mit absoluter Mehrheit. Der Ausschluss darf beschlossen werden, wenn nach Zugang der zweiten Mahnung bei dem Mitglied 2 Monate verstrichen sind und in dieser Mahnung der Ausschluss als Folge des Zahlungsverzugs angedroht wurde.

Das Mahnschreiben gilt am dritten Tag nach Versand des Schreibens als dem Mitglied zugegangen. Dem Mitglied steht es frei, nachzuweisen, dass tatsächlich ein späterer Zugang des Schreibens erfolgt ist. Der Beschluss des Vorstandes über den Ausschluss soll dem Mitglied mitgeteilt werden.

4. Bei mehrfacher und/oder schwerwiegender schuldhafter Verletzung der Mitgliedspflichten oder vereinsschädigendem Verhalten kann ein Mitglied durch einstimmigen Beschluss des Vorstandes ausgeschlossen werden. Vor der Beschlussfassung muss der Vorstand dem Mitglied Gelegenheit zur mündlichen oder schriftlichen Stellungnahme geben. Der Beschluss des Vorstandes ist schriftlich zu begründen und dem Mitglied zuzusenden. Gegen diesen Beschluss kann das Mitglied Einspruch einlegen. Der Einspruch ist innerhalb eines Monats nach Zugang des Beschlusses beim Vorstand einzulegen. Im Falle des Einspruches beschließt die nächste ordentliche Mitgliederversammlung nach Anhörung des Vorstandes und des Betroffenen über die Wirksamkeit des Ausschlusses. Dieser Beschluss stellt eine abschließende Entscheidung über den Ausschluss dar. Bis dahin ist die Mitgliedschaft suspendiert. Dies bedeutet, dass das Mitglied unter Ausschluss seiner Rechte und unter Aussetzung der Beitragszahlungen nach § 8 bis zur abschließenden Entscheidung über den Ausschluss nicht mehr am Vereinsgeschehen teilnehmen kann.

§ 8 Mitgliedsbeiträge

Höhe und Fälligkeit von Aufnahmegebühren und Jahresbeiträgen können durch eine gesonderte Finanzordnung des Vereins geregelt werden. Die Finanzordnung wird durch den Vorstand erlassen. Erlässt der Vorstand keine Finanzordnung werden Höhe und Fälligkeit von Aufnahmegebühren und Jahresbeiträgen von der ordentlichen Mitgliederversammlung festgesetzt.

§ 9 Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Die Mitglieder haben das Recht
 - a) auf Teilnahme an vom Verein organisierten Veranstaltungen
 - b) auf Zugang zu den Daten des aktuellen Mitgliederverzeichnisses, auch in elektronischer Form.
2. Die Mitglieder sind verpflichtet
 - a) zur Entrichtung des vom Vorstand beziehungsweise von der Mitgliederversammlung festgelegten Jahresbeitrages;
 - b) zur unverzüglichen Mitteilung (spätestens aber binnen zwei Wochen nach Umzug) an den Verein im Fall der Änderung von Adress- und Kontaktdaten, wie Anschrift und E-Mailadresse und soweit möglich zur Aktualisierung der Daten in internen Datenbanken
 - c) der Veröffentlichung ihrer Adress- und Kontaktdaten, beruflicher Daten, fachlicher Kompetenzen und den Ausbildungsdaten in internen Verzeichnissen und Datenbanken unter Berücksichtigung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen zuzustimmen
 - d) Mitgliederdaten nur zur persönlichen Information zu nutzen
 - e) sich mit den Bestimmungen der In Praxi „Netiquette“ in ihrer aktuellen Fassung vertraut zu machen und diese einzuhalten

§ 10 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand.

§ 11

Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung ist das oberste beschlussfassende Organ des Vereins. Ihr gehören alle ordentlichen Mitglieder an. Friends-Mitglieder haben kein Teilnahme- und kein Stimmrecht auf der Mitgliederversammlung, die Regelungen der §§ 11 bis 13 finden für sie keine Anwendung.
2. Ausübung der Stimmrechte und Bevollmächtigung:
 - a) In der Mitgliederversammlung hat jedes ordentliche Mitglied eine Stimme.
 - b) Zur Ausübung des Stimmrechts kann ein anderes ordentliches Mitglied schriftlich bevollmächtigt werden. Die Bevollmächtigung ist für jede Mitgliederversammlung gesondert zu erteilen. Ein Mitglied darf jedoch nicht mehr als drei fremde Stimmen vertreten.
 - c) Sofern die Mitgliederversammlung und / oder die Abstimmung in einem Online-Tool gemäß § 13 stattfindet bzw. stattfinden, ist eine Bevollmächtigung eines anderen Mitglieds zur Stimmabgabe nicht möglich.
3. Die Mitgliederversammlung ist insbesondere für folgende Angelegenheiten zuständig:
 - a) Entgegennahme des Jahresberichts des Vorstandes und dessen Entlastung;
 - b) Festsetzung der Mitglieds- und Jahresbeiträge, soweit nicht vom Vorstand nach § 8 Abs. 2 geregelt;
 - c) Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes sowie der Kassenprüfer;
 - d) Beschlussfassung über Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereins;
 - e) Beschlussfassung über den Einspruch gegen einen Ausschließungsantrag des Vorstandes;
 - f) Ernennung von Ehrenmitgliedern.

§ 12

Einberufung der Mitgliederversammlung

1. Die ordentliche Mitgliederversammlung ist mindestens einmal jährlich einzuberufen. Sie wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten unter Nennung der Tagesordnung einberufen. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung des

Einladungsschreibens folgenden Tag. Die Tagesordnung setzt der Vorstand fest. Ist über einen Einspruch nach § 7 Abs. 4 zu beschließen, so teilt der Vorstand mit der Ladung die Ausschlussgründe mit.

2. Jedes Mitglied kann bis spätestens vier Wochen vor einer Mitgliederversammlung beim Vorstand eine Ergänzung der Tagesordnung beantragen. Der Vorstand ist alsdann verpflichtet, den Mitgliedern die derart modifizierte Tagesordnung zuzustellen.

§ 13

Außerordentliche Mitgliederversammlung

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist vom Vorstand einzuberufen, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder wenn 1/10 der Mitglieder dies schriftlich unter Angabe des Zwecks oder der Gründe beantragt.

§ 14

Beschlussfassung der Mitgliederversammlung

1. Generelle Bestimmungen

- a) Die Mitgliederversammlung wird vom Vorsitzenden oder vom Vorstand Administration / Finanzen, bei dessen Verhinderung vom stellvertretenden Vorsitzenden oder vom Finanzbeauftragten geleitet. Ist kein Vorstandsmitglied anwesend, bestimmt die Versammlung den Versammlungsleiter. Bei Wahlen kann die Versammlungsleitung für die Dauer des Wahlgangs und der vorhergehenden Diskussion einem Wahlausschuss übertragen werden.
- b) Für jeden der zur Beschlussfassung anstehenden Tagesordnungspunkte kann der Vorstand von Fall zu Fall beschließen, die Möglichkeit der elektronischen Stimmabgabe in einem Online-Wahltool – zusätzlich oder alternativ zur Präsenzsitzung – anzubieten. Jedes Mitglied darf entweder nur elektronisch oder nur in der Präsenzsitzung an der Stimmabgabe teilnehmen.
- c) In der Präsenzsitzung bestimmt der Versammlungsleiter die Art der Abstimmung. Die Abstimmung muss schriftlich durchgeführt werden, wenn 1/3 der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder dies beantragt.
- d) Die Mitgliederversammlung fasst Beschlüsse im Allgemeinen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, soweit die Satzung nichts anderes vorschreibt. Stimmenthaltungen bleiben dabei außer Betracht. Zur Änderung der Satzung ist jedoch eine Mehrheit von 3/4 der abgegebenen Stimmen, zur Auflösung des Vereins eine solche von 9/10 der abgegebenen Stimmen erforderlich. Eine Änderung des Zwecks des Vereins kann

nur mit der Zustimmung aller Mitglieder beschlossen werden, sofern es sich dabei um eine Beschränkung der Satzungszwecke oder eine grundlegende Änderung der Satzungszwecke handelt. Im Falle einer Erweiterung der Satzungszwecke, welche mit den bisherigen Satzungszwecken in Einklang steht, ist die Zustimmung durch 9/10 der abgegebenen Stimmen ausreichend.

- e) Bei Wahlen ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Hat niemand mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten, so findet zwischen den beiden Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten haben, eine Stichwahl statt. Gewählt ist dann derjenige, der die meisten Stimmen erhalten hat. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das vom Versammlungsleiter zu ziehende Los.
- f) Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden in einer Niederschrift aufgenommen, die von einem Vorstandsmitglied und einem Protokollführer unterzeichnet wird. Die Niederschrift enthält Angaben über Zeit und Ort der Versammlung, die Namen der Anwesenden sowie die Abstimmungsergebnisse. Die Erstellung einer Niederschrift ist nicht Wirksamkeitsvoraussetzung für einen Beschluss.
- g) Gemäß § 67 BGB ist jede Änderung des Vorstandes zur Eintragung in das Vereinsregister durch den Vorstand anzumelden. Die dafür erforderliche Niederschrift wird vom Protokollführer und allen Vorstandsmitgliedern unterzeichnet.
- h) Die Regelungen des § 14 Abs. 1 d), e) gelten auch bei der ausschließlichen oder zusätzlichen Nutzung eines Online-Wahltools fort. Die im Online-Wahltool abgegebenen Stimmen und die Stimmen aus der Präsenzsitzung werden vom Wahlleiter addiert.

2. Online-Wahltool und -Mitgliederversammlung

- a) Um möglichst vielen Mitgliedern die Möglichkeit zur aktiven Teilnahme am Vereinsleben und insbesondere den Abstimmungen zu geben, soll der Vorstand die Möglichkeit erhalten, Mitgliederversammlungen und Abstimmungen auch in einem Online-Wahltool gemäß § 14 Abs 1 b) abhalten zu lassen.
Sofern der Vorstand beschließt, ausschließlich eine Online-Mitgliederversammlung (inklusive der dazugehörigen Beschlussfassungen) durchzuführen, fällt die Notwendigkeit einer Präsenzsitzung weg.
Alle von der Mitgliederversammlung zu behandelnden Themen werden rechtzeitig online veröffentlicht. Die Diskussion auf der Präsenz-Mitgliederversammlung wird ersetzt durch die Regelung gemäß § 14 Abs. 2 b). Die Fristen des § 11 gelten entsprechend.
- b) Die Online-Abstimmungen folgen den Grundsätzen der geschlossenen Benutzergruppe (GBG): Die Kommunikation erfolgt ausschließlich innerhalb der vorher festgelegten Gruppe von Teilnehmern/Teilnehmerinnen.

Dadurch wird höchsten Ansprüchen an die Sicherheit Rechnung getragen. Technische Weiterentwicklungen, die der Abhaltung von Online-Mitgliederversammlungen förderlich sind, werden zügig umgesetzt.

- c) Es findet eine strenge Zugangskontrolle statt: Sämtliche teilnahmeberechtigten Personen erhalten zu diesem Zwecke zwei Wochen vor Beginn der Online-Versammlung durch den Vorstand unter Nennung des vorläufigen Beschlussgegenstandes die Zugangsberechtigungsdaten sowie ein Passwort.
- d) Die Mitglieder verpflichten sich, die Legitimationsdaten und das Passwort keinem Dritten zugänglich zu machen. Im Rahmen der Online-Abstimmungen soll für den Austausch von Rede- und Beratungsbeiträgen mindestens ein Zeitraum von 14 Kalendertagen zur Verfügung stehen.
- e) Die Online-Abstimmungen erfolgen über Formulare im GBG-Bereich. Diese Formulare müssen
 - den Antrag, über den abgestimmt werden soll,
 - drei mit „Ja“, „Nein“ und „Enthaltung“ gekennzeichnete Felder, die zur Stimmabgabe angeklickt werden können
 - weitere Felder für die personenbezogenen Daten, Zugangsberechtigungsdaten und Passwörter zur Identifizierung und Legitimierung der stimmberechtigten Mitglieder und
 - den Zeitpunkt der Absendung enthalten. Die Bestimmungen über die Mehrheitserfordernisse des § 14 Abs. 1 gelten entsprechend
- f) Bei Wahlen zum Vorstand kann der Vorstand im Vorfeld einer Wahl beschließen, dass die Kandidatenlisten nur mit einem mit „Ja“ gekennzeichneten Feld, das zur Stimmabgabe für jeden Kandidaten einzeln angeklickt werden kann, versehen werden sollen.
- g) Die personenbezogenen Daten und die Abstimmungsergebnisse werden zur Gewährleistung der Anonymität der Stimmabgabe sowie zur Vermeidung doppelter Stimmabgaben getrennt ausgewertet.
- h) Über die Versammlung ist ein Protokoll anzufertigen, das neben der Unterschrift des Protokollführers/ der Protokollführerin auch die Unterschrift der Versammlungsleitung tragen muss. Das Protokoll ist nach Abschluss der Online-Versammlung allen Mitgliedern zugänglich zu machen. Die Erstellung eines Protokolls ist nicht Wirksamkeitsvoraussetzung für einen Beschluss.

§ 15 Vorstand

1. Der Vorstand des Vereins besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden und dem Vorstandsmitglied Administration/Finanzen.

2. Der Vorstand des Vereins kann durch Wahl der Hauptversammlung um bis zu zwei weitere Vorstandsmitglieder auf bis zu insgesamt 5 Mitglieder erweitert werden. Die Wahl der zusätzlichen Vorstandsmitglieder gilt ebenfalls für die Dauer der in § 17 festgelegten Amtsdauer für den Vorstand.
3. Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich durch zwei Mitglieder des Vorstandes vertreten, darunter der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter.

§ 16

Zuständigkeit des Vorstandes

1. Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sie nicht durch die Satzung einem anderen Organ des Vereins übertragen sind. Er führt die Geschäfte gemäß der vorliegenden Satzung sowie zusätzlicher Weisungen der Mitgliederversammlung. Er kann mit der laufenden Geschäftsführung Dritte beauftragen. Er hat insbesondere folgende Aufgaben.
 - a) Vorbereitung und Einberufung der Mitgliederversammlung sowie Aufstellung der Tagesordnung.
 - b) Ausführen von Beschlüssen der Mitgliederversammlung
 - c) Buchführung und Erstellung des Jahresberichtes
 - d) Beschlussfassung über die Aufnahme von Mitgliedern
2. Der Vorstand ist verpflichtet, die Umsetzung der Ziele des Vereins aktiv voranzutreiben.

Das Mitgliederverzeichnis darf grundsätzlich nur an Mitglieder ausgegeben werden. Über Ausnahmeregelungen entscheidet der Vorstand mit Drei-Viertel-Mehrheit.

3. Der Vorstand kann schriftlich beschließen, dass sämtliche, oder die in dem Beschluss aufgeführten, nach der Satzung schriftlich abzugebenden Erklärungen des Vorstands und der Mitglieder auch per E-Mail oder anderen Kommunikationsmitteln in Textform verfasst und verschickt werden können.

§ 17

Wahl und Amtsdauer des Vorstandes

1. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für zwei Jahre gewählt. Die Abwahl des Vorstandes ist nur durch Wahl eines neuen Vorstandes möglich. Der Vorstand bleibt bis zur Neuwahl des Vorstandes im Amt. Jedes Vorstandsmitglied ist einzeln zu wählen. Zu Vorstandsmitgliedern können nur ordentliche Mitglieder des Vereins gewählt werden. Mit der Beendigung der Mitgliedschaft endet auch das Amt eines Vorstandsmitgliedes.

2. Scheidet ein Mitglied des Vorstandes vorzeitig aus, so kann der Vorstand für die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen einen Nachfolger wählen.

§ 18

Sitzungen und Beschlüsse des Vorstandes

1. Der Vorstand beschließt in Sitzungen, die vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom stellvertretenden Vorsitzenden, einberufen werden. Die Tagesordnung braucht nicht angekündigt zu werden. Eine Einberufungsfrist von einer Woche soll eingehalten werden.
2. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens 2 seiner Mitglieder anwesend sind. Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, bei dessen Abwesenheit die des stellvertretenden Vorsitzenden.
3. Der Vorstand kann im schriftlichen Verfahren beschließen, wenn alle Vorstandsmitglieder dem Gegenstand der Beschlussfassung zustimmen.

§ 19

Verhältnis des Vereins zur WHU

1. Der Verein fasst keine Beschlüsse, die der Grundordnung der WHU in ihrer jeweils gültigen Fassung widersprechen.
2. Der Rektor der WHU hat das Recht, an allen ordentlichen und außerordentlichen Mitgliederversammlungen des Vereins mit beratender Stimme teilzunehmen.

§ 20

Vereinsvermögen

1. Bei der Verwendung des Vereinsvermögens sind die Grundsätze der Gemeinnützigkeit und Mittelverwendung aus §§ 4, 5 stets zu beachten.
2. Der Vorstand darf den Verein nur insoweit verpflichten, als die Schulden das Vermögen nicht übersteigen. Geschäfte, die die finanzielle Basis gefährden, sind nur nach vorheriger Zustimmung durch die Mitgliederversammlung erlaubt, sofern die Regelungen aus Abs. 1 eingehalten werden.
3. Die Haushaltsführung wird von zwei Kassenprüfern geprüft, die weder dem amtierenden noch dem prüfenden Vorstand angehören dürfen. Sie werden für ein Geschäftsjahr von der Mitgliederversammlung gewählt.

§ 21 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§ 22 Auflösung des Vereins

1. Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an die Stiftung Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat.
2. Die Auflösung des Vereins kann nur von einer besonders zu diesem Zwecke einberufenen Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von 9/10 der abgegebenen gültigen Stimmen geschlossen werden (§ 14 Abs. 4). Diese Mitgliederversammlung bedarf zu ihrer Beschlussfähigkeit der Anwesenheit von 3/4 aller Mitglieder.
3. Für den Fall der Auflösung werden zwei Liquidatoren bestellt. Falls die Mitgliederversammlung nichts anderes beschließt, sind der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende vertretungsberechtigte Liquidatoren.
4. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend, wenn der Verein aus einem anderen Grund aufgelöst wird oder seine Rechtsfähigkeit verliert.

§ 23 Datenmanagement

1. Der Verein widmet dem Aufbau und der Pflege eines qualifizierten Datenbestands für sein internes Kompetenz-Netzwerk besondere Aufmerksamkeit.
2. Die Mitgliederdaten sind vor unbefugten Zugriff durch Dritte zu schützen. Soweit Mitgliederdaten auch intern als vertraulich gekennzeichnet bzw. geschützt sind, haben zugriffsberechtigte Mitglieder und Angestellte des Vereins diese besondere Vertraulichkeit zu wahren.

In Praxi e.V. – Finanz- und Geschäftsordnung

Mitgliedsbeiträge

Gemäß § 8 der Satzung erhebt In Praxi jährlich einen Mitgliedsbeitrag. Dieser wird zum 31. Januar eines jeden Jahres fällig.

	Euro
Fördermitglieder "Spirit Keeper"	1.000,-
Ordentliche Mitglieder	200,-
<ul style="list-style-type: none"> • Jahr des Abschlusses • 1. und 2. vollständiges Jahr nach Abschluss • 3. bis 5. Jahr nach Abschluss 	frei 70,- 125,-
„Friend“ Mitglieder	
<ul style="list-style-type: none"> • Studenten, WHU Angehörige • ehemalige Austauschstudenten, Freunde 	frei 50,-
Ehrenmitglieder	frei
Reduzierter Beitrag	70,-
<ul style="list-style-type: none"> • Gilt bei besonderen finanziellen Umständen wie z.B. Studium, Promotion, Mutterschutz oder Erwerbslosigkeit und muss jährlich beantragt werden. • Ein Nachweis wie z.B. die Immatrikulationsbescheinigung ist erforderlich 	
Partnertarif - Reduzierter Beitrag für (Ehe-)Partner	125,-
<ul style="list-style-type: none"> • Sonderregelung für Lebenspartnerschaften zwischen WHU Absolventen • Dauerhafte Beitragsreduzierung nach einmaligem Antrag • Der Nachweis kann über einen gemeinsamen, eingetragenen Erstwohnsitz oder einen Trauschein erfolgen 	
Beitragsstundung	
<ul style="list-style-type: none"> • Der Vorstand kann in begründeten Fällen Gebühren und Beiträge ganz oder teilweise erlassen oder stunden. 	
Wiedereintritt	
<ul style="list-style-type: none"> • Bei unterjährigem Wiedereintritt wird der Mitgliedsbeitrag erst im darauffolgenden Jahr fällig. 	

Rechte & Leistungen für die Mitglieder

Ordentliche Mitglieder:

- Zugriff auf allgemeine Informationen
- Kontaktmöglichkeiten über das Portal und persönliche Kontaktdaten
- Empfang des „Roten Buches“
- Teilnahmemöglichkeiten an allen Events

„Friends“ Mitglieder

- Zugriff auf allgemeine Informationen
- Kontaktmöglichkeiten über das Portal (berufliche Daten)
- (Tlw. kostenpflichtige) Teilnahme an ausgewählten Events

§ 1

Name and Location of the Association

1. The association bears the name "In Praxi e.V." (hereinafter "the association").
2. The registered office of the association is Vallendar.
3. The association is registered at the district court Koblenz - register of associations - under No. VR 3228.

§ 2

Purpose of the Association

1. The association exclusively and directly pursues charitable purposes within the meaning of the section "Tax-privileged purposes" of the German Fiscal Code (currently §§ 51 et seq. of the German Fiscal Code (AO)).
2. The purpose of the association is the promotion
 - of science and research,
 - of education, people's education and job training including student aid as well as
 - international spirit, tolerance in all areas of culture and the idea of international understanding.
3. The purpose of the statutes is realized in particular through
 - the cooperation in the further development of teaching and research as well as education and training at universities, in particular at WHU (WHU - Otto Beisheim School of Management), in accordance with the statutes of the association,
 - the representation of non-profit objectives of the association, which are also the objectives of WHU and are in accordance with the association's statutes, to the public,
 - the establishment and maintenance of contacts together with WHU towards personalities and institutions, willing and able to promote the association and WHU and its institutions, which further the charitable objectives of the association and are in accordance with the statutes of the association,

- the financial support of WHU's facilities and institutions that promote the charitable purposes, in accordance with the association's statutes,
- the further education of the members of the association and other persons interested in economic research and teaching within the scope of the association's purpose,
- promotion of performance-oriented, practical and internationally oriented scientific education
- the organization and implementation of events for the exchange between alumni as well as WHU students and staff within the framework of the association's purpose,
- cooperation with companies to provide practical knowledge for WHU students and academic staff and alumni,
- the promotion of scientific work that is thematically related to the purpose of the association.
- promoting the professional development of WHU students and alumni
- planned cooperation with other tax-privileged corporate bodies. This can also be done by providing cooperation services to other tax-privileged corporations.

§ 3

Promotion of other Tax-Privileged Corporations

In addition to the realization of the statutory purposes according to § 2 para. 3, the Association may also provide non-material and financial support to other tax-privileged corporations, corporations under public law or foreign corporations for the non-material and material support and maintenance of the purposes stated under § 2 para. 2.

§ 4

Selflessness

The association is selflessly active; it does not primarily pursue its own economic purposes.

§ 5

Use of Funds and Prohibition of Favoritism

1. The association's funds may only be used for purposes in accordance with the statutes of the association.
2. Members shall not receive any benefits from the funds of the association.
3. No person may benefit from expenses that are alien to the purpose of the association or from disproportionately high remuneration.

Insofar as members or third parties act on behalf of the association, they may receive appropriate remuneration.

4. The association will not support its non-tax-privileged members in any way - for example, by allocating financial or material resources or by providing services free of charge. In particular, the toleration of or participation in advertising measures by - also tax-privileged - members is excluded.

§ 6 Types of Membership

1. **Regular Membership:**

Anyone who has obtained a state-recognized academic degree from WHU after completing a course of study at WHU can become a full member of the association.

2. **Honorary Membership:**

Honorary members of the association can become persons who have rendered outstanding services to the purpose of the association in a special way. They are admitted or appointed as honorary members upon proposal of the board and approval of the general meeting. Honorary members are at the same time full members.

3. **"Friends" membership**

Employees, students and friends of WHU can become "Friends" members of the association.

Further details on rights, obligations, contributions, etc. can be regulated by separate financial and business regulation of the association for the case groups. The financial and business regulation shall be issued by the board. If the board does not issue financial and business regulations, the further details for each case group shall be determined by the general meeting.

4. **Requirements for acquiring membership:**

The prerequisite for acquiring membership is an application for admission, which should be submitted to the board in writing or in digital form. The board decides on the application for membership at its own discretion. The decision shall be communicated to the applicant in writing. If the application for membership is rejected, the board is not obliged to inform the applicant of the reasons.

5. **Legacy Memberships:**

Members whose memberships were acquired prior to February 20, 2021, but are inconsistent with the above requirements, shall maintain their status as a member until the end of their membership.

§ 7
Termination of Membership

1. Membership ends by death, exclusion, resignation or dissolution of the association.
2. Resignation shall be effected by written declaration to the board of the association. The resignation can only be declared at the end of a fiscal year, whereby a notice period of 2 months to the end of the fiscal year must be observed. No reasons need to be given.
3. A member may be expelled from the association by resolution of the board if, despite two written reminders, the member is behind with the payment of membership fees amounting to one annual fee. The decision is made by an absolute majority. The exclusion may be decided if 2 months have passed after the member has received the second reminder and in this reminder the exclusion was threatened as a consequence of the delay in payment.

The reminder shall be deemed to have been received by the member on the third day after the letter was sent. The member is free to prove that the letter was actually received later. The decision of the board on the exclusion shall be communicated to the member.

4. In the event of multiple and/or serious culpable violation of membership obligations or conduct detrimental to the association, a member may be expelled by unanimous resolution of the board. Before the resolution is passed, the board must give the member the opportunity to make an oral or written statement. The decision of the board must be justified in writing and sent to the member. The member may lodge an objection to this resolution. The objection must be lodged with the board within one month of receipt of the resolution. In the event of an objection, the next ordinary general meeting shall decide on the validity of the exclusion after hearing the board and the person concerned. This resolution represents a final decision on the exclusion. Until then, the membership is suspended. This means that the member can no longer participate in the activities of the association, with the exclusion of his or her rights and with the suspension of the membership fee payments in accordance with § 8, until the final decision on the exclusion.

§ 8
Membership Fees

The amount and due date of admission fees and annual dues may be regulated by separate financial regulations of the association. The financial regulations shall be issued by the board of the association. If the Board does not issue financial regulations, the amount and due date of admission fees and annual dues shall be determined by the ordinary general meeting.

§ 9
Rights and Duties of Members

1. The members have the right
 - a) on participation in events organized by the association
 - b) to access the data of the current membership directory, also in electronic form.
2. The members are obliged
 - a) to pay the annual fee set by the board of the association or by the general meeting;
 - b) to notify the association immediately (but no later than within two weeks after relocation) in the event of a change of address and contact details, such as address and e-mail address, and as far as possible to update the data in internal databases
 - c) agree to the publication of their address and contact data, professional data, professional competences and training data in internal directories and databases, taking into account the provisions of data protection law
 - d) To use member data for personal information only
 - e) To familiarize themselves with the provisions of the In Praxi "Netiquette" in its current version and to comply with them.

§ 10
Organs of the Association

The organs of the association are the general meeting and the board of the association.

§ 11
General Meeting

1. The General Meeting is the supreme decision-making body of the association. All ordinary members belong to it. Friends members have no right to participate or vote at the general meeting, and the provisions of §§ 11 to 13 do not apply to them.
2. Exercise of voting rights and authorization:
 - a) In the general meeting, each full member has one vote.

- b) Another ordinary member may be authorized in writing to exercise the voting right. The authorization must be issued separately for each general meeting. However, a member may not represent more than three third-party votes.
 - c) Insofar as the general meeting and / or the voting takes place or will take place in an online tool in accordance to § 13, it is not possible to authorize another member to vote.
3. The general meeting is responsible in particular for the following matters:
- a) Acceptance of the annual report of the board and its discharge;
 - b) Determination of membership and annual dues, unless regulated by the board of The association in accordance with § 8 para. 2;
 - c) Election and dismissal of the members of the board and the auditors;
 - d) Adoption of resolutions on amendments to the statutes of association and on the dissolution of the association.
 - e) Resolution on the objection to a motion for exclusion by the board of the association;
 - f) Appointment of honorary members.

§ 12

Convocation of the General Meeting

1. The ordinary general meeting is to be convened at least once a year. It shall be convened by the board of the association with three months' notice, stating the agenda. The period begins with the day following the dispatch of the invitation letter. The agenda shall be set by the board. If a decision is to be made on an objection in accordance with § 7 (4), the board shall inform the members of the reasons for exclusion with the invitation.
2. Each member may apply to the board for an addition to the agenda no later than four weeks before a general meeting. The board of the association is then obliged to send the members the modified agenda.

§ 13

Extraordinary General Meeting

An extraordinary general meeting is to be called by the board if the interest of the association requires it or if 1/10 of the members request this in writing, stating the purpose or the reasons.

§ 14
Resolutions of the General Meeting

1. General provisions

- a) The general meeting is chaired by the chairman or the board member responsible for administration/finance, or if he is unable to do so, by the vice-chairman or the financial officer. If no member of the board of the association is present, the meeting shall determine the chairman of the meeting. In the case of elections, the chairmanship of the meeting may be delegated to an election committee for the duration of the ballot and the preceding discussion.
- b) For each of the agenda items up for resolution, the board may decide on a case-by-case basis to offer the option of electronic voting in an online voting tool - in addition to or as an alternative to the face-to-face meeting. Each member may participate in voting either only electronically or only in the presence meeting.
- c) In the attendance meeting, the chairman of the meeting shall determine the method of voting. The vote must be conducted in writing if 1/3 of the members present and entitled to vote request this.
- d) The general meeting generally adopts resolutions by a simple majority of the valid votes cast, unless the statutes of association stipulate otherwise. Abstentions shall not be taken into account. However, a majority of 3/4 of the votes cast is required to amend the statutes of association, and a majority of 9/10 of the votes cast is required to dissolve the association. A change of the purpose of the association can be decided only with the agreement of all members if it concerns a restriction of the statutes or a fundamental change of the statute purposes. In the case of an extension of the purposes of the statutes, which is consistent with the previous purposes of the statutes, the consent of 9/10 of the votes cast is sufficient.
- e) In elections, the candidate who has received more than half of the valid votes cast shall be elected. If no one has received more than half of the valid votes cast, a run-off election shall be held between the two candidates who have received the most votes. The candidate who received the most votes shall then be elected. In the event of an equal number of votes, the decision shall be made by drawing lots by the chairman of the meeting.
- f) The resolutions of the general meeting shall be recorded in the notes, which shall be signed by a member of the board and a keeper of the notes. The notes shall contain details of the time and place of the meeting, the names of those present and the results of voting. The preparation of notes is not a prerequisite for the validity of a resolution.

- g) Pursuant to Section 67 of the German Civil Code (BGB), any change to the board must be notified by the board for entry in the register of associations. The notes required for this purpose shall be signed by the keeper of the notes and all members of the board.
- h) The provisions of Section 14 (1) d), e) shall also continue to apply in the event of the exclusive or additional use of an online election tool. The votes cast in the online election tool and the votes from the presence meeting shall be added together by the election officer.

2. Online election tool and members' meeting

- a) In order to give as many members as possible the opportunity to actively participate in the life of the association and in particular in the voting, the board shall be given the opportunity to have general meetings and voting also held in an online voting tool in accordance with § 14 para. 1 b). If the Board of the association decides to hold an online general meeting only (including the associated resolutions), there is no need for a face-to-face meeting. All topics to be discussed by the general meeting shall be published online in good time. The discussion at the presence general meeting shall be replaced by the regulation according to § 14 para. 2 b). The deadlines of § 11 apply accordingly.
- b) Online voting follows the principles of the closed user group (GBG): communication takes place exclusively within the predefined group of participants. This ensures the highest standards of security. Technical developments that are conducive to holding online general meetings are implemented quickly.
- c) There is strict access control: For this purpose, all persons entitled to participate will receive access authorization data and a password from the board two weeks before the start of the online meeting, stating the preliminary subject of the resolution.
- d) The members undertake not to make the identification data and the password accessible to third parties. Within the scope of online voting, a period of at least 14 calendar days shall be available for the exchange of speech and consultation contributions.
- e) Online voting takes place via forms in the GBG area. These forms must be
 - the motion to be voted on,
 - Three fields marked "Yes", "No" and "Abstain", which can be clicked to cast a vote
 - further fields for the personal data, access authorization data and passwords for the identification and legitimation of the members entitled to vote and
 - contain the date of the vote. The provisions on the majority requirements of Section 14 (1) shall apply.

- f) In the case of board member elections of the association, the board of the association may decide in advance of an election that the lists of candidates shall be marked only with a box marked "Yes" that may be clicked to vote for each candidate individually.
- g) The personal data and the voting results are analyzed separately to ensure the anonymity of the votes and to avoid duplicate votes.
- h) Notes must be taken of the meeting and must bear the signature of the person taking the notes as well as the signature of the person chairing the meeting. The minutes shall be made available to all members after the conclusion of the online meeting. The preparation of notes is not a prerequisite for the effectiveness of a resolution.

§ 15

Board of the Association

1. The board of the association consists of the chairman, the vice-chairman and the board member administration/finance.
2. The board of the association may be extended by up to two additional members of the board to a total of 5 members by election of the general meeting. The election of the additional board members shall also be valid for the duration of the term of office for the board set out in § 17.
3. The association is represented judicially and extrajudicially by two members of the board, including the chairman or his deputy.

§ 16

Responsibility of the Board

1. The board is responsible for all matters of the association, unless they are assigned to another body of the association by the statutes of the association. It conducts the business in accordance with these statutes of the association and additional instructions from the general meeting. It may entrust third parties with the day-to-day management. In particular, it has the following tasks.

- a) Preparing and convening the general meeting and setting the agenda.
 - b) Execution of resolutions of the general meeting
 - c) Accounting and preparation of the annual report
 - d) Resolution on the admission of members
2. The board of the association is obliged to actively promote the implementation of the association's goals.

In principle, the membership directory may only be issued to members. The board decides on exceptions with a three-quarters majority.

3. The board of the association may resolve in writing that all, or the statements of the board of the association and the members specified in the resolution to be made in writing in accordance with the statutes of association may also be drafted and sent by e-mail or other means of communication in text form.

§ 17

Election and Term of Office of the Board of the Association

1. The board is elected by the general meeting for two years. The board can only be voted out of office by electing a new board. The board remains in office until the election of a new board. Each member of the board is to be elected individually. Only full members of the association can be elected as members of the board. With the termination of membership, the office of a board member also ends.
2. If a member of the board retires prematurely, the board may elect a successor for the remaining term of office of the retiring member.

§ 18

Meetings and Resolutions of the Board of Management

1. The board of the association shall adopt resolutions at meetings convened by the chairman or, if the chairman is unable to do so, by the vice-chairman. The agenda does not need to be announced. A notice period of one week shall be observed.
2. The board of the association has a quorum if at least 2 of its members are present. Resolutions are passed by a majority of the valid votes cast. In the event of a tie, the vote of the chairman, or in his absence, that of the vice-chairman, shall be decisive.
3. The board may adopt resolutions by written procedure if all members of the board agree to the subject matter of the resolution.

§ 19

Relationship of the Association to WHU

1. The Association shall not adopt any resolutions that contradict the basic regulations of WHU amended from time to time.
2. The dean of WHU has the right to attend all ordinary and extraordinary general meetings of the association in an advisory capacity.

§ 20

Association Assets

1. In the use of the Association's assets, the principles of the non-profit status and use of funds from §§ 4, 5 must always be observed.
2. The board may only commit the association to the extent that the debts do not exceed the assets. Transactions that endanger the financial basis are only permitted with the prior consent of the general meeting, provided that the regulations from para. 1 are observed.
3. The financial management shall be audited by two cash auditors who may not be members of either the acting or the auditing board. They are elected for one fiscal year by the general meeting.

§ 21

Business Year

The fiscal year of the association is the calendar year.

§ 22

Dissolution of the association

1. In the event of the dissolution or annulment of the association or in the event of the discontinuation of tax-privileged purposes, the assets of the association shall pass to the "Stiftung Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung", which shall use them directly and exclusively for charitable, benevolent or ecclesiastical purposes.
2. The dissolution of the association can only be concluded by a general meeting convened especially for this purpose with a majority of 9/10 of the valid votes cast (§ 14 para. 4). This general meeting requires the presence of 3/4 of all members to constitute a quorum.

3. In the event of dissolution, two liquidators shall be appointed. Unless the general meeting decides otherwise, the chairman and the vice-chairman shall be the liquidators with power of representation.
4. The above provisions shall apply accordingly if the association is dissolved for any other reason or loses its legal capacity.

§ 23
Data Management

1. The association devotes special attention to the development and maintenance of a qualified database for its internal competence network.
2. Member data must be protected from unauthorized access by third parties. Insofar as member data is also marked or protected internally as confidential, members and employees of the association who are authorized to access it must maintain this special confidentiality.

In Praxi e.V. – Financial and Business Bylaws

Membership fees

In accordance with § 8 of the Articles of Association, In Praxi levies an annual membership fee. This is due on 31 January of each year.

	Euro
Supporting members "Spirit Keeper"	1.000,-
Full members	200,-
• Year of graduation	free
• 1st and 2nd full year after graduation	70,-
• 3rd to 5th year after graduation	125,-
"Friend" members	
• students, WHU Members	free
• Former exchange students, friends	50,-
Honorary members	free

Reduced contribution 70,-

- Applies in the case of special financial circumstances such as studies, doctorate, maternity leave or unemployment and must be applied for annually.
- Proof such as the enrollment certificate is required

Partner tariff - reduced premium for (spouse) partner 125,-

- Special regulation for partnerships between WHU graduates
- Permanent premium reduction after one-time application
- Proof can be provided by a joint, registered primary residence or a marriage certificate

Deferral of contributions

In justified cases, the Board may waive or defer fees and contributions in whole or in part.

Re-entry

In case of re-entry during the year, the membership fee is not due until the following year.

Rights & benefits for members

Regular Members:

- Access to general information
- Contact options via the portal and personal contact details
- Reception of the "Red Book"
- Possibility to participate in all events

"Friends" members

- Access to general information
- Contact options via the portal (professional data)
- Participation in selected events (in some cases subject to a fee)